

Bericht über die Entwicklung in POLEN

November 1964

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Neue Männer in der Parteileitung	1
2) Revolutionsfeier in Warschau	5
3) Kongreß der Bauernpartei	6
4) "Ein sehr gefährlicher Preis"	9
5) Präsidentenwahl in Amerika	9
6) Verjährung der Naziverbrechen	10
II. <u>Wirtschaft</u>	12
1) Mobilisierung von Produktionsreserven und neue Planungsmethoden	12
2) Wirtschaftsplan 1964 und 1965	14

- - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) Neue Männer in der Parteileitung

Im Juni d.J. fand der letzte Parteitag der PZPR statt. Unmittelbar nach ihm konstituierten sich die höchsten Parteigremien: Das Politbüro und das ZK-Sekretariat. Doch kaum nach einem halben Jahr wurde die erste Reorganisation der Parteispitze notwendig.

Der formelle Anlaß zu diesen Umbesetzungen war der Tod des Staatspräsidenten Aleksander ZAWADZKI. Dadurch wurde zugleich ein Platz im Politbüro frei. Den Vorsitz des Staatsrates übernahm in der Nachfolge ZAWADZKIs, Edward OCHAB, wodurch wieder ein Platz im ZK-Sekretariat, aus dem dieser ausschied, vakant wurde.

Den vakanten Platz im Politbüro erhielt der bisherige Politbürokandidat Ryszard STRZELECKI. Dadurch entstand aber die Notwendigkeit, einen neuen Politbürokandidaten zu nominieren. Auf diesen Posten rückte Boleslaw JASZCZUK, der bereits ZK-Sekretär ist. Und schließlich bekam den von OCHAB verlassenen Sitz im ZK-Sekretariat der bisherige Innenminister, Wladyslaw WICHA, dessen Ausscheiden aus der Regierung angekündigt wurde.

Das umfangreiche Revirement ist also noch keineswegs abgeschlossen. Wenn man die bisherigen Veränderungen in der Parteispitze analysiert, so sticht hervor, daß GOMULKA bemüht blieb, das Gleichgewicht der Kräfte aufrechtzuerhalten. Diese Tendenz wurde schon im Sommer 1963 augenscheinlich, als der damals prominenteste Vertreter des "liberalen" Flügels der Partei, Roman ZAMBROWSKI, seine Ämter niederlegte. Dieser Rücktritt machte je einen Platz im Politbüro und ZK-Sekretariat frei. Im Hinblick auf den kommenden Parteitag ließ GOMULKA damals die Hoffnungen des ZK-Sekretärs Ryszard STRZELECKI, der nach einem Sitz im Politbüro strebte, unerfüllt und begnügte sich mit der Nominierung von zwei ZK-Sekretären, von welchen einer Artur STAREWICZ und der andere der schon erwähnte JASZCZUK war.

STRZELECKI gilt als einer der prominentesten Vertreter des neostalinistischen Flügels der Partei. Seine Nominierung zum Nachfolger ZAMBROWSKI im Politbüro hätte den Eindruck erwecken müssen, daß sich das Kräfteverhältnis entschieden zugunsten der Neostalinisten verschoben habe. Gerade das wollte aber GOMULKA vermeiden und wurde dabei von seinem Freund Zenon KLISZKO bestärkt, der damals mit STRZELECKI erbittert rivalisierte. Von den beiden neuen ZK-Sekretären stand einer im Ruf eines "Liberalen" (Starewicz), während der andere (Jaszczuk) an dem internen Parteikampf unbeteiligt war und zu der Zentrumsgruppe der "Gomulkisten" gerechnet wurde. Das Gleichgewicht der Kräfte wurde also nach dem Rücktritt ZAMBROWSKI beibehalten.

Der IV. Parteitag der PZPR (Juni 1964) enttäuschte sowohl die "Liberalen" als auch die Stalinisten. Die ersten verloren im Spätherbst 1963 einen weiteren Mann aus dem ZK-Sekretariat (Wladyslaw MATWIN, damals gleichzeitig Parteichef in Breslau) und bekamen kein Äquivalent dafür. Die anderen mußten ihre hochgeschraubte Hoffnung begraben und sich mit dem Platz eines Politbürokandidaten für STRZELECKI begnügen. Ganz leer ausgegangen waren so aktive Neostalinisten wie der Sicherheitschef MOCZAR und Chef der Abteilung Verwaltung beim ZK, WITASZEWSKI. Die eigentlichen Gewinner auf dem IV. Parteitag waren die "Gomulkisten" und Technokraten, die vom Politbüromann und Chef der Parteiorganisation in Kattowitz, Edward GIREK, geführt werden. Die beiden sich gegenseitig bekämpfenden Fraktionen, "Liberale" und Neostalinisten standen aber auf der Seite der Verlierer.

STRZELECKI war der erste, der seine Konsequenzen aus der Niederlage der Neostalinisten zog. Er unterdrückte so gut es ging seine Enttäuschung über den wenig attraktiven Kandidatenposten im Politbüro, der verglichen mit seinen Ambitionen fast eine Demütigung bedeutete, distanzierte sich sichtlich von seinem schwer angeschlagenen Freunden der "Partisanengruppe"

und suchte Anschluß an die "Gomulkisten", was ihm um so leichter fiel, da ihn seit altersher gute, fast freundschaftliche Beziehungen mit GOMULKA verbinden. Seine Bemühungen wurden schnell belohnt. Jetzt vereinigte er die von ihm so begehrte Mitgliedschaft im Politbüro mit dem Posten eines ZK-Sekretärs.

STRZELECKI muß jetzt dem Gomulkatreuen Zentrum der Partei zugerechnet werden, wenn auch sein Anschluß an diese Gruppe aus rein opportunen Überlegungen erfolgt sein dürfte. Sein Aufrücken zum Vollmitglied des Politbüros muß in der heutigen Situation nicht zwangsläufig als eine Verstärkung des neostalinistischen Flügels betrachtet werden. Um so auffällender ist also die Nominierung von Wladyslaw WICHA zum neuen ZK-Sekretär.

OCHAB, der aus dem ZK-Sekretariat ausscheiden mußte, weil er den Vorsitz des Staatsrates übernahm, gilt heute als derjenige, der an der Nahtstelle zwischen den "Liberalen" und "Gomulkisten" steht. Er wird von beiden Gruppen im gleichen Maße geachtet. GOMULKA erweist ihm Respekt und die "Liberalen" hätten ihn am liebsten an ihrer Spitze gesehen. OCHAB behielt auch seinen Politbürositz.

Wladyslaw WICHA, der OCHABs Platz im ZK-Sekretariat einnahm, gilt als enger Vertrauter des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ und erbitterter Feind der "Partisanen". Der Partisanenchef MOCZAR, der gleichzeitig als Sicherheitschef Vizeminister des Innern ist, war also nominell ein Untergebener WICHAs. In Wirklichkeit aber verfügte MOCZAR über mehr Einfluß sowohl in der Verwaltung als auch in der Parteiorganisation. Die allgemeine Meinung war, daß WICHA sich nur deswegen hielt, weil Premier CYRANKIEWICZ einen Mann eigener Wahl im Innenministerium haben wollte, damit dieses Ressort nicht ausschließlich mit Neostalinisten besetzt war.

Für MOCZAR und seine politischen Freunde war WICHA im Innenministerium ein Fremdkörper und sie trachteten seit langem danach, ihn zu verdrängen. Der Umstand aber, daß er nicht auf den Altenteil abgeschoben wurde, sondern einen bedeutenderen Posten in der Parteileitung bekam, läßt die Verhältnisse in anderem Licht erscheinen. Selbst wenn General MOCZAR als Nachfolger WICHAS das Innenressort übernimmt, so ist das kein voller Ersatz für den von ihm vor dem Parteitag erstrebten Sitz im Politbüro. Allerdings hätten dann die "Partisanen" so viel wie eine Monopolstellung im Innenministerium, was nicht im Interesse ihrer Gegner liegen kann.

ZK-Sekretär Boleslav JASZCZUK, der jetzt auch Kandidat des Politbüros wurde, gehört dem gomulkatreuen Zentrum der Partei an, so daß sein jetziger Aufstieg keinen Einfluß auf die Machtpositionen der miteinander kämpfenden Fraktionen und Gruppen innerhalb der Partei hat.

Das II. Plenum des ZK, das Ende November stattfand und die Nominierung beschloß, hatte auf seinem Programm auch einen "Bericht über den Aufenthalt der (polnischen) Delegation in Moskau". Dieser Bericht wurde nicht veröffentlicht. Den neuen Machthabern im Kreml dürfte die Zurückhaltung GOMULKAS in allen Fragen, die mit dem Sturz CHRUSCHTSCHOWS zusammenhängen, nur willkommen sein. GOMULKA verspricht sich offenbar von seinem Verhalten, daß es der Kreml eines Tages honoriert. Denn trotz geschickter taktischer Schachzüge, mit denen er die Macht in der Vereinigten Arbeiterpartei ausbalanciert, hat er mit zahlreichen Opponenten in der Partei zu kämpfen, so daß er in kritischen Situationen die Hilfe Moskauer Freunde gebrauchen kann.

2) Revolutionsfeier in Warschau

Während sich eine polnische Delegation mit GOMULKA und drei anderen Mitgliedern des polnischen Politbüros (KLISZKO, RAPA CKI und WANIOLKA) zu den Revolutionsfeiern nach Moskau begeben hatte, veranstalteten Partei und Regierung am 6. November einen Festakt in Warschau, an dem Staatspräsident OCHAB, Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und andere kommunistische Prominente Warschaus teilnahmen. Es sprachen Boleslav JASZCZUK und der sowjetische Botschafter in Warschau ARISTOW.

JASZCZUK stellte in seiner Rede heraus, daß die Verwirklichung der großen Ziele, die vor der kommunistischen Bewegung liegen, "auf das engste mit der Einheit der sozialistischen Staaten und Parteien... zusammen hängt". "Der proletarische Internationalismus sollte heutzutage in der Festigung der Einheit der sozialistischen Staaten sowie der Kommunistischen und Arbeiterparteienseinen starken und siegreichen Ausdruck finden."

Das Referat JASZCZUKs enthielt keinerlei Anspielungen auf den Machtwechsel in Moskau sowie auf den sowjetisch-chinesischen Konflikt. Auch die Tatsache, daß schon Ende Oktober Gespräche zwischen der polnischen und sowjetischen Parteispitze stattfanden, die zum Zeitpunkt seiner Rede gerade in Moskau fortgesetzt wurden, erwähnte JASZCZUK nicht. Im Gegensatz dazu spielte der sowjetische Botschafter darauf an:

"Am großen Tage der Oktoberrevolution stelle ich mit Genugtuung fest, daß die Freundschaft, die unsere Völker verbindet, mit jedem Jahr fester und herzlicher wird, und daß es keine Kraft gibt, die diese Freundschaft erschüttern könnte. Das Treffen der Genossen GOMULKA, Cyrankiewicz und Kliszko mit den Genossen Breschnjew, Kossygin und Andropow, das vor kurzem stattfand, bewies noch einmal, daß unsere Brüderlichen Beziehungen und unsere Zusammenarbeit in Zukunft noch aufrichtiger und fruchtbarer sein werden."

In diesen Worten ist das Bemühen Moskaus deutlich, die guten Beziehungen zu Warschau zu pflegen. GOMULKA hat sich allerdings in einer Sache nicht blindlings der sowjetischen Linie angeschlossen: In der chinesischen Frage. Die Haltung der neuen sowjetischen Machthaber gegenüber Peking schien zwar zunächst GOMULKAs Vorstellungen vom Frieden um jeden Preis angenähert, aber schon bald zeigte sich eine neue Verhärtung. Hier liegen Gefahren, die das Verhältnis Moskau-Warschau leicht trüben können.

3) Kongreß der Bauernpartei

Vor allen Parteien und Massenorganisationen in Polen, die von den Kommunisten kontrolliert und manipuliert werden, hat sich die Bauernpartei die größte Eigenständigkeit bewahrt. Die Traditionen der polnischen politischen Bauernbewegung sind sehr alt und stark. Vertreter der Bauernpartei haben bereits nach dem ersten Weltkriege das politische Leben des Landes geprägt, aus ihren Reihen gingen bedeutende Politiker hervor. Es genügt, wenn man den mehrmaligen Ministerpräsidenten Wincenty WITOS erwähnt.

Der Staatsstreich von Marschall PILSUDSKI schaltete die Bauernparteien (es gab einige davon, gemässigte und radikale) als einen selbständigen Faktor aus dem politischen Leben aus. Die Bauernpolitiker behielten aber auch unter der Militärdiktatur PILSUDSKIs und seiner Nachfolger ihren Einfluß auf die Bauern.

Die Kommunisten versuchten immer, die Massen der verarmten Bauern zu radikalisieren, was ihnen aber nur örtlich beschränkte Erfolge brachte. Die Mehrzahl der polnischen Bauern hielt zu ihren Führern, was sich deutlich zeigte, als Exilpremier MIKOLAJCZYK nach dem Kriege in das schon von Kommunisten beherrschte Polen zurückkehrte. MIKOLAJCZYK unternahm den zwar mutigen, aber aussichtslosen Versuch, die Macht der von den

Sowjets gestützten Kommunisten zu beschränken oder gar zu brechen. Es endete, wie es in einem totalitären kommunistischen Regime enden mußte: Die antikommunistischen Kräfte unter der Bauernbewegung wurden unter brutaler Einschaltung der Sicherheitspolizei ausgeschaltet. MIKOLAJCZYK glückte die Flucht ins Ausland.

Nach der Flucht MIKOLAJCZYKS versuchten die Kommunisten, die Bauernpartei völlig gleichzuschalten. Viele Bauernpolitiker ließen sich unter massivem Druck zu Konzessionen zwingen. Die Leitung der umorganisierten Partei übernahmen vorwiegend Leute, die Befehlsempfänger der Kommunisten waren. Die Masse der mittleren und unteren Funktionäre der Bauernpartei mußten schweigen. Erst im Oktober 1956 erlaubten sie sich wie der, das Wort zu ergreifen.

Der jahrelang unterdrückte Haß gegen die Kommunisten manifestierte sich in den ersten Monaten der GOMULKA-Regierungszeit mit einer Vehemenz, die nur für nicht Eingeweihte eine Überraschung war. Die Versuche dieser mittleren Schicht der Parteifunktionäre, die Bauernpartei von der Vormundschaft der Kommunisten zu befreien, hatten wenig Aussicht auf Erfolg. Die Spitzenfunktionäre der Bauernpartei haben diese Emanzipationsbestrebungen der mittleren Funktionäre aus Furcht um ihre privilegierten Positionen kaum unterstützt. Eine gewisse Ausnahme machte der nach dem Oktober 1956 zum Parteichef gewählte Stefan IGNAR. Unter dem Druck der neostalinistischen Fraktion der kommunistischen Partei wurde IGNAR jedoch im Mai 1962 seines Parteiamentes enthoben (er blieb aber Vizepremier der Regierung). Seinen Platz nahm der Opportunist Czeslaw WYCECH ein, der schon einmal MIKOLAJCZYK in den Rücken gefallen ist. Die Opposition der mittleren Funktionäre wurde langsam, wann auch ohne Anwendung von polizeilichen Maßnahmen zurückgedrängt. Dennoch gelang es den Kommunisten nicht mehr, die Bauernmassen, ihre mittleren und kleineren Funktionäre sowie die Bauernorganisation völlig in Griff zu bekommen und zu unterwerfen.

Ende November tagte in Warschau der Kongreß der Bauernpartei. Die Partei hat zurzeit 331.000 Mitglieder, die in 24.000 Ortsgruppen erfaßt sind. Unter den Mitgliedern gibt es 45.500 Frauen und 35.500 junge Menschen, die noch nicht 25 Jahre alt sind. Unter der Gesamtzahl der PZPR-Mitglieder von 1,6 Millionen befinden sich nur 11,1 % (also ca. 180.000) Bauern. Das zeigt, daß die Bauernpartei auf dem flachen Land eine beachtliche Kraft darstellt, die fast doppelt so viel Mitglieder wie die Kommunisten aufbieten kann. Eine selbständige politische Rolle spielt die Führung der Bauernpartei aber nicht. In seiner Begrüßungsansprache vor den Kongreßdelegierten sagte GOMULKA zwar:

"Bei der führenden Rolle unserer (d.h. kommunistischen) Partei lenken wir gemeinsam die Geschicke des Staates, gemeinsam gingen wir an den Aufbau, gemeinsam festigen wir jetzt das brüderliche Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, welches das Fundament für unsere Volksmacht bildet..."

Solche Worte sind leere Propagandafloskeln, die niemanden über die wahren Machtverhältnisse im Lande täuschen können. Das Gerüde der führenden Bauernfunktionäre darüber, daß "wir ein ernstzunehmender Partner der PZPR sind" (Sekretär der Bauernpartei, Ludomir STASIAK, in einem Interview für "Trybuna Ludu" am 19. 11.) ist dazu bestimmt, die Position dieser Funktionäre gegenüber den Mitgliedermassen aufzuwerten, wird aber schon von der mittleren Schicht der Bauernfunktionäre kaum noch ernst genommen, geschweige denn von den Mitgliedern. Bezeichnenderweise stellte auch der eingeladene Ehrengast GOMULKA allein die Zusammenarbeit zwischen PZPR und Bauernpartei "auf höheren Organisationsstufen" heraus. Daraus ist klar zu entnehmen, daß diese Zusammenarbeit auf niedrigeren Organisationsstufen nicht funktioniert.

Die neue Parteiführung unterscheidet sich nur unwesentlich von der im Mai 1962 gewählten. Die unzufriedenen mittleren Parteifunktionäre kamen auf dem Kongreß nicht zum Zuge und schwiegen. In den heimatlichen Dörfern

indes taktieren sie mit dem ihnen eigenen Geschick weiter - oft zum Ärger der Kommunisten.

4) "Ein sehr gefährlicher Preis"

Unter diesem Titel kommentiert am 20. 11. die parteiamtliche "Trybuna Ludu" das Interview Konrad ADENAUERS für die israelische Zeitung "Haaretz", in dem der Altbundeskanzler betonte, daß er niemals die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 verlangte, weil er "nicht verrückt sei". Das kommunistische Blatt aus Warschau schreibt in diesem Zusammenhang u.a. folgendes:

"Wir haben es hier offensichtlich mit gewissen Anzeichen der Vernunft zu tun, von einer vollständigen Ernüchterung kann man aber nicht reden, wenn man bedenkt, daß der ehemalige Kanzler darauf wartet, daß 'die andere Seite Konzessionen macht'. Das Lavieren Adenauers ist noch leicht verständlich, die Haltung des Organs der SPD aus diesem Anlaß jedoch zwingt zu ernstesten Überlegungen.

Die SPD, die oft die Adenauersche Politik des kalten Krieges angreift und in den Augen der breiten Masse ihrer Wähler als die Partei gilt, die sich von der Politik des Abenteuers distanziiert, die für eine vernünftigeren Gestaltung der Beziehungen mit dem Osten eintritt, attackiert diesmal Adenauer, zu wenig Revanchist, zu wenig anti-polnisch zu sein.

Die SPD bereitet sich auf die Wahlen im Herbst des kommenden Jahres vor und wirbt rechtzeitig um die Stimmen der chauvinistischen west-deutschen Kreise. Zu diesem Zwecke zögerte sie nicht, ihre früheren Parolen über eine neue Ostpolitik über Bord zu werfen.

Der Preis, den die SPD für die neuen Stimmen im September 1965 zahlen will, ist äußerst gefährlich. Dankbar werden der SPD sicher nur alle Revisionisten, Revanchisten und Abenteurer aller Schattierungen sein. Menschen, die eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik, eine Verbesserung der Atmosphäre in Europa wünschen, kann eine solche Haltung der SPD nur beunruhigen."

5) Präsidentswahl in Amerika

Mit großer Genugtuung reagierte die kommunistische Presse in Polen auf den hohen Sieg JOHNSONS bei den letzten Präsidentswahlen. Am 5. November 1964 schrieb das Parteiorgan "Trybuna Ludu":

"Barry Goldwater, der die extreme, militante Reaktion repräsentierte, erlitt die schändlichste Niederlage, die je einen Präsidentskandidaten traf. Präsident Johnson verpflichtete sich vor der amerikanischen Nation, daß er alles tun würde, um den Frieden zu erhalten und zu festigen. Dieser Tatsache verdankt er vor allem seinen großen Wahlsieg. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung sprach sich also klar und unmißverständlich für die Politik der Vernunft und Nüchternheit aus. Es wäre jedoch ein Fehler, wollte man annehmen, daß die politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Finanzkapitals die Goldwater emporgehoben haben, jetzt nach seiner Niederlage so leicht kapitulieren würden. Auch die 25 Millionen Stimmen der erwachsenen Amerikaner, die sich für GOLDWATER ausgesprochen haben, sind nicht leichtzunehmen."

Der Artikel im kommunistischen Blatt schliesst mit einer Aufzählung von wichtigen internationalen Problemen, deren Lösung in der Zeit vor den Präsidentswahlen nicht angestrebt werden konnte. Erwähnt werden die Abrüstung, die Verhinderung einer Ausdehnung des Atomclubs, Vietnam, Kuba und "andere Probleme, deren Lösung für die Festigung des Friedens wichtig ist". Der Friedensvertrag mit Deutschland und die Berlin-Frage werden in dieser Aufzählung nicht erwähnt.

6) Verjährung der Naziverbrechen

Polen war das erste Land, das auf gesetzlichem Wege die Verlängerung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen verordnete. Die von vielen Seiten in der Bundesrepublik bekundete Absicht, diese Frist nicht zu verlängern, wird in allen politischen Kreisen einer scharfen Kritik unterzogen.

Nach einem Bericht der "Hauptkommission für die Untersuchung der Naziverbrechen in Polen" registrierte man in Polen nach dem Kriege 12.000 Namen von überlebenden Personen, die sich auf polnischem Gebiet solcher Verbrechen schuldig gemacht haben. 2.000 von ihnen wurden den polnischen Gerichten ausgeliefert und verurteilt. Auf der polnischen Verbrecherliste stehen noch 10.000 Namen von Personen, die für ihre Untaten bisher noch nicht bestraft werden konnten und die noch in verschiedenen Teilen der Welt, vor allem in der Bundesrepublik, leben sollen.

Die Hauptkommission in Warschau überwies den bundesdeutschen Justizorganen zahlreiches Beweismaterial und vermittelte auf Wunsch dieser Organe auch polnische Zeugen für die jetzt in der Bundesrepublik laufenden Prozesse. Ähnliche Kontakte wurden auch mit den österreichischen Justizbehörden aufgenommen.

Ein Vertreter der polnischen Kommission wies darauf hin, daß nach den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen alle Naziverbrechen mit Ausnahme des Mordes ohnehin schon seit 1960 verjährt seien. Wer sich also "nur" anderer Untaten wie zum Beispiel Raub, Mißhandlungen, Zerstörung von Kulturdenkmälern usw. schuldig gemacht hat, wird ohnehin nicht mehr zur Verantwortung gezogen.

Die Berufung auf das Legalitätsprinzip überzeugt in Polen keineswegs. Man vertritt dort die Meinung, daß kein Gesetzgeber die Möglichkeit solcher Verbrechen, wie sie von den Nazis begangen wurden, voraussehen konnte. Darüber schreibt "Trybuna Ludu" vom 18. November 1964:

"... Naziverbrechen wurden nicht von privaten Personen, sondern von amtlichen Vertretern des Staates begangen, die im Namen dieses Staates gehandelt haben. Man kann Menschen, die aus diesem oder jenem Grunde einen Mord begangen haben, nicht mit jenen gleichstellen, die staatliche Unternehmen führten, denen man zur Aufgabe gestellt hatte, Tausende und Abertausende von Morden nur deswegen zu begehen, weil die Opfer einer anderen Rasse, Nationalität oder gesellschaftlichen Klasse angehört haben."

II. WIRTSCHAFT

1) Mobilisierung von Produktionsreserven und neue Planungsmethoden

Vor der II. Tagung des polnischen ZK-Plenums erklärte GOMULKA:

"Das Politbüro des ZK hielt die Initiative der Parteiorganisation in der Wojewodschaft Kattowitz für so wichtig, daß sie diese zum Thema der Beratungen des ZK-Plenums zu machen beschloß. "

Der Mann, dessen Aktivität damit hervorgehoben wurde, ist Edward GIEREK, Chef der Parteiorganisation in Kattowitz und Mitglied des Politbüros. Er gilt als inoffizieller Anführer der polnischen "Technokraten" und als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Regierungs- oder Parteichefs, sollte einer dieser Posten einmal frei werden. Nach dieser Ankündigung GOMULKAS hielt GIEREK das Hauptreferat vor der II. Plenartagung des ZK über die Erfahrungen seiner Parteiorganisation bei der Mobilisierung von Produktionsreserven und der Entwicklung neuer Planungsmethoden. Es ist das erste Mal, daß Probleme eines einzelnen Bezirkes zum Hauptthema einer ZK-Sitzung gewählt worden sind.

Über die Verbesserung der Planungsmethoden und Entdeckung von Produktionsreserven diskutiert man in Polen seit Jahren, was auch in der Einführung GOMULKAS kritisch vermerkt wurde, da den Reden keine Taten folgten: "Die Bedeutung der heutigen Beratungen beruht darauf, daß auf neue Weise konkreter als bisher Pläne aufgestellt und in Angriff genommen wurden."

Die Mobilisierung von Produktionsreserven und neue Formen der Planung bilden in den Augen der polnischen Wirtschaftsfunktionäre eine Einheit. Da über die Probleme und Möglichkeiten eines Produktionsbetriebes am besten diejenigen informiert sind, die in diesem Betrieb tätig sind, soll die "kollektive Erfahrung" der Belegschaften mobilisiert werden. Bei der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne sucht man nach einer entsprechenden Beteiligung der Belegschaften.

Die Planung soll in drei Phasen durchgeführt werden: In der ersten Phase arbeiten die zentralen Planungsorgane allgemeine Richtlinien für die Betriebe aus. In der zweiten Phase werden diese Richtlinien und Indexzahlen in den Betrieben durchdiskutiert, wobei in Zusammenarbeit mit der Belegschaft der konkrete Planungsentwurf des Betriebes entsteht. In der dritten Phase wurden die Entwürfe der Betriebe von den übergeordneten Organen überprüft, verifiziert und dann als endgültig dem Gesamtplan eingegliedert.

Dieser neuen Methode misst man in Polen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Auf diesem Wege soll die Idee der "Arbeiterdemokratie und Arbeiterselbstverwaltung" verwirklicht werden.

Ohne Zweifel ist eines der Hauptprobleme, die in allen kommunistischen Systemen größte Schwierigkeiten bereiten, gerade die Erstickung jeder Eigeninitiative durch starre Planung und Bürokratie. Die gesellschaftliche Entwicklung wird dadurch erheblich verlangsamt. Bei der neuen Methode wird versucht, den Widerspruch zwischen Planbürokratie und Eigeninitiative aufzulösen.

Eine Gefahr für die Verwirklichung dieser Idee kann von den Belegschaften selbst kommen, die doch dazu berufen sein sollen, versteckte Produktionsreserven an das Tageslicht zu bringen. Man spricht schon heute von einem "Partikularismus", der darin bestehe, daß gewisse Betriebe ihre Reserven zu tarnen suchen, um möglichst geringe Produktionsauflagen zu bekommen, die eine leichte Erfüllung und Übererfüllung ermöglichen. Eine andere Gefahr liegt auf dem gegensätzlichen Pol: Ehrgeizige Betriebskollektive könnten nach zu vielen Investitionsmitteln streben, die woanders zweckmäßiger verwendet werden könnten.

Die Vorstellung, die von GIEREK entwickelt, hat sicherlich eine Reihe

positiver Faktoren. Im Endergebnis wird aber alles von den Menschen abhängen, die sie verwirklichen sollen.

2) Wirtschaftsplan 1964 und 1965

Während der Sitzung des polnischen Sejm, die Mitte November in Warschau stattfand, berichtete der Planungschef JEDRYCHOWSKI über die zu erwartenden Ergebnisse des laufenden Wirtschaftsjahres und die Richtlinien für den Plan des Jahres 1965.

Die Ergebnisse der Landwirtschaft sind wahrscheinlich 1964 nicht sehr befriedigend gewesen. JEDRYCHOWSKI rechnet nur damit, daß die unter dem Durchschnittsniveau liegenden Ergebnisse des Vorjahres erreicht werden. Die Ernte an Feldfrüchten liegt um 1,1 % niedriger, die Ergebnisse der Viehwirtschaft werden um 1,4 % höher sein. Infolge dieser Stagnation der Landwirtschaft wird das Gesamtprodukt der polnischen Volkswirtschaft nicht die geplante Zuwachsrate erreichen. Dies wird auch angesichts der Tatsache nicht möglich sein, daß die Entwicklung der industriellen Produktion 1964 besser als im Jahre 1965 war. Die Zuwachsrate in den Staatsbetrieben betrug im Durchschnitt 8,3 %, während nur 6,3 % erwartet wurden. Der private Sektor und das Dienstleistungsgewerbe lagen nicht weit darunter.

Für das Jahr 1965 wird eine weitere Erhöhung der Industrieproduktion um 7,8 % geplant, deren Überbietung jedoch einkalkuliert ist. Eine schnellere Wachstumsrate soll 1965 in der Gruppe "B" (Konsumgüter), insbesondere in der Lebensmittelindustrie erreicht werden. Auch der Maschinenbau soll überdurchschnittlich entwickelt werden. In der chemischen Industrie wird das Tempo im kommenden Jahr etwas verlangsamt.

Unter der Voraussetzung, daß die klimatischen Bedingungen im kommenden Jahre mittelmässig sein werden, ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion um ca 2 % im Ackerbau und um 3,6 % in der Viehzucht zu erwarten.

Das wichtigste Element der neuen Planungspolitik wird die Verkleinerung der Diskrepanz zwischen der Produktion in der Gruppe "A" (Produktionsmittel" und in der Gruppe "B" sein.

Das Tempo der Investitionen soll erhöht werden. Im Jahre 1963 betrug die Erhöhung der Investmittel im Vergleich zum Vorjahre 3 %. 1964 wird sie im Vergleich zu 1963 vermutlich 3,4 % betragen. Für das kommende Jahr sieht man aber eine Erhöhung um 8,6 % im Vergleich zu 1964 vor.

JEDRYCHOWSKI bezeichnete diese Erhöhungsquote als maximal zulässige Grenze. Man kann sich leicht vorstellen, daß ein so angespannter Investitionsplan sich ungünstig auf die Staatsfinanzen auswirken und zu Einsparungen zwingen, die den Empfänger von Lohn u!Sozialzuwendungen treffen müssen.